

Presselinfo 01-26

Industriepolitik 2026:

„Raus aus dem Jammertal, rauf auf den Lösungsweg“

- Brauchen schnell spürbare Maßnahmen – nicht nur Signale
- CO₂-Preis aussetzen: sofort wirksam, mehr Wettbewerbsfähigkeit
- Solidaritätszuschlag abschaffen: zügig umsetzbar, 5,5 Prozent weniger Steuern

Düsseldorf/Hagen, 13. Jan. 2026. Industrieunternehmen leiden – die Produktivität sei unter den veränderten wirtschaftspolitischen Bedingungen auf der Welt einfach nicht mehr gut genug, bestätigt der Kanzler. Zwei konkrete und kurzfristig umsetzbare Lösungsvorschläge liefert der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM): Aussetzung des nationalen CO₂-Preises für die Industrie und Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Beides ist direkt machbar, sofort wirksam, stimmungsaufhellend. Und gut für die Wettbewerbsfähigkeit 2026. „Wir müssen raus aus dem Jammertal, rauf auf den Lösungsweg. 2026 sind mutige Maßnahmen gefragt, die die Standortbedingungen durchgreifend verändern“, so der WSM.

„Kurzfristiges Denken gefragt – in Jahresschritten“

„Die hohe Dynamik des konjunkturellen Abschwungs erfordert kurzfristiges Denken in Jahresschritten“, unterstreicht WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer. „Entscheidend ist, dass politische Schritte nicht nur Signale senden, sondern sofort positiv wirken. Nicht rückwirkend ab 2027 – wie beim Industriestrompreis. Nicht nur, wenn die jeweiligen Netzbetreiber mitspielen – wie bei den Netzentgelten. Nicht erst, wenn Bürokratie-Reformen nach und nach anlaufen. Sondern sofort, dieses Jahr, 2026.“

CO₂-Preis aussetzen: macht Stahl- und Metallverarbeiter wettbewerbsfähiger

Eine solche Maßnahme wäre die sofortige Aussetzung des nationalen CO₂-Preises für das produzierende Gewerbe. Denn der deutsche Alleingang aufgrund des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) hilft dem Weltklima nicht – er erweist ihm sogar einen Bärendienst: Andere Länder nehmen die daraus folgende mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wahr. Und übernehmen die Produktion, um anschließend nach Deutschland zu exportieren. Für die vielfach auf Gas angewiesenen Stahl- und Metallverarbeiter würde die Aussetzung des CO₂-

Presselinfo 01-26

Preises die Energiekosten spürbar reduzieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Nur ein europäischer CO₂-Preis verhindert die Verlagerung von Produktion und kann das Klima schützen.

Weg mit dem Solidaritätszuschlag

Weg mit dem Solidaritätszuschlag – auch das wäre eine zügig spürbare Aktion. „Die vollständige Abschaffung des Solis würde die Körperschaft- und Einkommensteuer wirkungsvoll um 5,5 Prozentpunkte senken. Und Kanzler Merz der gewünschten tatsächlichen Entlastung einen Schritt näher bringen“, betont WSM-Präsident Ulrich Flatken.

Text 2.356 Z. inkl. Leerz.

Diese und weitere Pressemitteilungen finden Sie [hier](#) zum Download.

BU	Foto Nr.	Foto
Der WSM setzt sich für sofort wirksame Maßnahmen ein – wie die Aussetzung des nationalen CO ₂ -Preises für die Industrie und die Abschaffung des Solidaritätszuschlages. „Die hohe Dynamik des konjunkturellen Abschwungs erfordert kurzfristiges Denken in Jahresschritten“, unterstreicht WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer.	31	
„Die vollständige Abschaffung des Solis würde die Körperschaft- und Einkommensteuer wirkungsvoll um 5,5 Prozentpunkte senken“, betont WSM-Präsident Ulrich Flatken	37	

Foto/s: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) – Abdruck honorarfrei – bitte nur mit Quellenangabe.

Presselinfo 01-26

Über den WSM:

Die Stahl und Metall verarbeitende Industrie in Deutschland, das sind: rund 5.000 vorwiegend familiengeführte Betriebe, die mit rund 450.000 Beschäftigten über 90 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaften. Die Unternehmen beschäftigen im Durchschnitt über 90 Mitarbeiter und sind mit Abstand die wichtigsten Kunden der Stahlerzeuger.

Die Branche zeichnet sich durch hohe Spezialisierung und Wettbewerbsintensität aus. Die Unternehmen fertigen für die internationalen Märkte der Automobil-, Elektro- und Bauindustrie, den Maschinenbau und den Handel.

Der WSM ist Dachverband für 13 Fachverbände. Zusammen bündeln sie die Interessen einer der größten mittelständischen Branchen in Deutschland und sind Sprachrohr für deren wirtschaftspolitische Vertretung auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene. Sie suchen den Ausgleich mit marktmächtigen Abnehmern und Lieferanten aus Industrie und Handel. Und sie fordern bessere Rahmenbedingungen für Wachstum, Dynamik und Wettbewerb – ob bei Steuern, Abgaben, Recht, Forschung, Umwelt, Energie oder Technik.

Presselinfo 01-26

Datenschutz und Abmeldung Pressemitteilungen

Das Thema Datenschutz ist hochaktuell und auch für uns von zentraler Bedeutung. Sie erhalten von uns regelmäßig Pressemitteilungen zu journalistisch relevanten Themen und Neuigkeiten. Die fortgesetzte Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse zu diesem Zweck beruht auf unserem diesbezüglichen unternehmerischen Interesse und erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Einer entsprechenden Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse können Sie jederzeit widersprechen, hierfür genügt eine E-Mail an wsm@mali-pr.de oder ein Klick auf diesen [Link](#).